

Antrag 228/II/2022**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und eine bürgernahe Praxis bei der Einbürgerung**

1 Deutschland muss ein modernes Einwanderungsland
 2 werden. Dazu benötigt es ein modernes Staatsangehörig-
 3 keitsrecht, dass es allen Bürger:innen die hier ihren Le-
 4 bensmittelpunkt haben auch Staatsbürger:innen mit al-
 5 len Rechten und Pflichten zu werden. Wir begrüßen die
 6 Vorhaben der Bundesregierung die Fristen für Einbürge-
 7 rung abzusenken und die Mehrstaatigkeit zu ermögli-
 8 chen.

9

10 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-
 11 desregierung und des Bundestages daher auf, bei der
 12 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sich für folgende
 13 Punkte einzusetzen:

14

- 15 • Fristen für den Erwerb der Niederlassungserlaubnis
16 absenken
- 17 • Die deutsche Staatsbürgerschaft für alle in Deutsch-
18 land geborene Kinder
- 19 • Abbau von Einbürgerungs-Hürden
- 20 • Sowohl für die Ermessens- (§8 StAG) als auch für die
21 Anspruchseinbürgerung (§10 StAG) ist aktuell die
22 „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“
23 erforderlich. Diese soll laut Koalitionsvertrag durch
24 „klare Kriterien“ ersetzt werden. Da die Lebensun-
25 terhaltssicherung sowie Kenntnisse der deutschen
26 Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und
27 der Lebensverhältnisse ohnehin explizit Teil der Ein-
28 bürgerungsvoraussetzungen sind, sind gar keine
29 weiteren Kriterien notwendig.
- 30 • Der Koalitionsvertrag sieht „allgemeine Härtefallre-
31 gelung für den erforderlichen Sprachnachweis“ vor.
32 In §10, Absatz 6 StAG sind bereits „altersbeding-
33 te Ausnahmen“ sowie Ausnahmen „wegen einer
34 körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit
35 oder Behinderung“ festgehalten. Eine allgemeine
36 Härtefallregelung für Ausnahmen bei den Sprach-
37 kenntnissen – z.B. für Analphabet:innen – gibt es
38 im Staatsangehörigkeitsrecht anders als im Aufent-
39 haltsgesetz (z.B. beim Erwerb einer Niederlassungs-
40 erlaubnis) bisher nicht und muss im Rahmen der Ge-
41 setzesreform geschaffen werden
- 42 • die im Koalitionsvertrag vereinbarten allgemeinen
43 Härtefallregelungen sind auch auf fehlende Ein-
44 kommennachweise auszuweiten.

45

46

47 Es ist weiter bei den Einbürgerungen durch die zustän-

digen Landesbehörden anzuerkennen, dass grundlegend ein öffentliches Interesse an Einbürgerungen besteht um ein gesellschaftliches Miteinander und die Demokratie zu stärken. Auch muss durch Härtefallregelungen die sich an den Lebensrealitäten der Menschen orientieren dafür gesorgt werden, dass sich der Akt der Einbürgerung nicht unnötig verhindert wird. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen und der Landesparlamente daher dazu auf dafür Sorge zu tragen, dass die Verfahrenshinweise für die zuständigen Landesbehörden in folgenden Punkten anzupassen sind:

Anrechnungszeiten:

- die Integrationsleistung, sich aus der Duldung einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel erarbeitet zu haben, muss als allgemeiner Härtefall anerkannt werden um die Zeit in der Duldung dementsprechend einzubeziehen, da geduldeten Menschen sonst eine erheblich längere Aufenthaltszeit bis zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zugemutet

Pflegeanforderung:

- Menschen die Familienangehörige (Kinder, Menschen mit Behinderung, alte Menschen) pflegen, ist es oftmals nicht möglich Einkommen aus Arbeit und/oder Sprachnachweis B1 zu erlangen. Hier muss eine allgemeine Härtefallregelung greifen.

Angemessener Wohnraum:

- Da die Wohnungssituation in Ballungsräumen wie Berlin äußerst angespannt ist, leben gerade geflüchtete Menschen deshalb nicht selten auch nach Anerkennung auf Asyl weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften oder ähnlichen Wohnformen oder Wohnheimen. Diese müssen als angemessener Wohnraum bei der Einbürgerung gelten.

Sprachkenntnisse:

Von den Nachweis der Sprachkenntnisse B1 soll als allgemeine Härtefallregelung abgesehen werden wenn:

- Bei Einbürgerung von ehemaligen Gastarbeitern aus Gründen der Anerkennung ihrer Lebensleistung
- Analphabetismus
- Menschen ab 60 Jahren
- Menschen die das Antragsverfahren eigenständig durchlaufen und nachweisen, dass der Besuch eines Sprachkurses nicht mit der Arbeit in Vollzeit vereinbar ist, soll der Sprachnachweis erlassen werden.
- Alle Menschen mit einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung, sollen unter eine Härtefallregelung zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten.
- Die Kosten für die Einbürgerung müssen sozial ge-

101 staffelt sein, um keine Hürden dazustellen.
102